

Dafür stehen wir!

Unser Bildungsauftrag

Wir wollen unsere Schüler zur kompetenten Ausübung eines Berufes befähigen und die Voraussetzung schaffen, dass sie selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu vermitteln wir Schlüsselqualifikationen im fachlichen, sozialen, medialen und politischen Bereich.

Unser Unterricht ist handlungsorientiert, ganzheitlich und fächerübergreifend und verknüpft theoretische und praktische Inhalte eng.

Unsere Aufgabe ist auch die Förderung und Eingliederung lernschwacher und benachteiligter Schüler, z.B. mit Migrationshintergrund. Dazu brauchen wir kompetente und handlungsfähige Unterstützung im sozialen und betreuenden Bereich.

Unsere Partner

Unsere Partner sind die Schüler und Eltern, die allgemeinbildenden Schulen, die Hochschulen und die Studienseminare. Für die Berufsschulen sind Betriebe, Kammern und Verbände die erste Adresse jedweder Zusammenarbeit. Ein weiterer Partner ist die Agentur für Arbeit. Die politischen Parteien sind Partner für Bestand, Zukunft und Entwicklung beruflicher Bildung.

Unsere schulpolitischen Forderungen

Wir fordern

- die Beibehaltung und Weiterentwicklung des dualen Berufsbildungssystems
- die berufliche Grundbildung in Vollzeitform auf die Ausbildungszeit der entsprechenden Berufsausbildung anzurechnen
- den Erhalt der Berufsvorbereitung in schulischer Form, mit der Möglichkeit den Hauptschulabschluss zu erwerben
- die Beibehaltung der einjährigen Berufsfachschulen und die Unterstützung der berufsqualifizierenden Berufsfachschulen
- eine wohnortnahe und betriebsnahe Beschulung für die Auszubildenden
- kleine berufsbildende Schulen zu erhalten und die Möglichkeit, Klassen mit nur wenigen Schülern ohne Nachteile für das Budget führen zu können
- traditionelle Berufsbilder zu erhalten
- weiterführende Schulformen bedarfsorientiert anzupassen
- den Verbleib der Fachschulen an den berufsbildenden Schulen für die Ausbildung zum staatlich geprüften Erzieher, Techniker, Betriebswirt etc.
- die Einbindung der berufsbildenden Schulen in das duale Studium
- Weiterqualifizierung und Höherqualifizierung an berufsbildenden Schulen
- die Beibehaltung der Schulpflicht von zwölf Schuljahren
- die Aufhebung der in Deutschland traditionell bedingten Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung im Bildungssystem
- eine berufspraktische Orientierung aller Schüler ab dem 8. Schuljahr
- die Abschlüsse an berufsbildenden Schulen im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) mit der praktischen Kompetenz aufzuwerten
- die bewährten Qualitätsstandards unseres Bildungssystems nicht aufzugeben

Wir brauchen Unterstützung

Wir fordern

- eine verbesserte finanzielle Ausstattung der berufsbildenden Schulen sowie eine gute Einbindung in die Infrastruktur
- handlungsfähige Schulpersonalräte, die pro Personalratsmitglied mit mindestens vier Stunden von der regelmäßigen Unterrichtsverpflichtung entlastet werden
- schlagkräftige Stufenvertreter, die mit mindestens 75 % ihrer Unterrichtsverpflichtung freigestellt werden
- Gleichstellungsbeauftragte, die mehr als eine beratende und formale Funktion innehaben
- ein Unterstützungssystem zu arbeitsrechtlichen und tarifrechtlichen Fragen sowohl für angestellte als auch für beamtete Lehrkräfte
- ausreichende Ressourcen und Beratung im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Unsere Lehrerinnen und Lehrer

Wir fordern

- den Beamtenstatus für alle Lehrkräfte
- eine stärkere Mitbestimmung der Lehrer an den berufsbildenden Schulen
- die Beibehaltung der Einstufung der Theorielehrkräfte in den höheren Dienst mit der Eingangsbesoldung A13. Die Voraussetzung dafür muss ein Masterabschluss und eine schulpraktische Ausbildung am Studienseminar bleiben
- die Fachpraxislehrkräfte in die Laufbahngruppe 2 einzustufen und ihnen Beförderungsmöglichkeiten bis A12 zu eröffnen
- eine verlässliche bedarfsorientierte Fort- und Weiterbildung, die vom Dienstherrn finanziert wird
- Lehrkräfte für ihre Fort- und Weiterbildung vom Unterricht freizustellen
- die Wiedereinführung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes als festen Gehaltsbestandteil
- die Wiedereinführung der Altersermäßigung mit Erreichen des 55. Lebensjahres von einer Unterrichtsstunde und mit Erreichen des 60. Lebensjahres von zwei Unterrichtsstunden
- keine Erhöhung der Lehrerarbeitszeit

Unsere Frauen

Wir brauchen Förderprogramme, um den Anteil von Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen zu steigern. Der BLVN setzt sich auch dafür ein, dass die beruflichen Rahmenbedingungen für Frauen und Männer im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zugunsten einer höheren Familienfreundlichkeit verbessert werden.

Unsere Senioren

Seniorenvertretungen vertreten die Interessen der nicht mehr im Dienst befindlichen Mitglieder und nehmen an den Landeshauptvorstandssitzungen teil.

Auszüge aus dem Grundsatzprogramm des BLVN vom 27. Juni 2015